

# **Vereinigung für Liberale Mittelstandspolitik in Bayern e.V. (VLM)**

## **Grundsatzprogramm für eine freie Marktwirtschaft und den unternehmerischen Mittelstand**

Beschluss der Mitgliederversammlung vom 2002-11-28 in München Flughafen

Die Vereinigung für Liberale Mittelstandspolitik in Bayern e.V. (VLM) ist Motor für eine Politik, die Freiheit, unternehmerische Eigeninitiative und Wohlstand für alle zum Ziel hat.

Mittelstand ist nicht nur Bezeichnung für die kleinen und mittleren Unternehmen, die die Mehrzahl aller Arbeitsplätze schaffen, die Mehrzahl aller Ausbildungsplätze stellen und entscheidend zum Wohlstand einer Region und eines Landes beitragen. Mittelstand sind auch alle die Mitbürger, die als Leistungsträger das breite Fundament für eine leistungsstarke Wirtschaft und Gesellschaft bilden. Unternehmerisches Denken und Handeln beschränkt sich nicht auf Unternehmer und die Wirtschaft. Die Stärke des Mittelstands ist ein Gradmesser für den Wohlstand einer Gesellschaft.

Grundlage für einen starken Mittelstand ist eine freie Marktwirtschaft. Sie stellt die unternehmerische Persönlichkeit in den Mittelpunkt. Ein starker Rechtsstaat schafft die nötigen Rahmenbedingungen für einen fairen Wettbewerb. Freiraum für unternehmerische Tatkraft ist das Ziel der VLM.

### **Freie Marktwirtschaft**

#### **1. Die freie Unternehmenspersönlichkeit im Mittelpunkt**

Im Mittelpunkt einer freien Marktwirtschaft steht die unternehmerische Persönlichkeit. Unternehmerinnen und Unternehmer schaffen mit ihrer Eigeninitiative und unternehmerischen Geist nicht nur für sich selbst Wohlstand, sondern auch für die Mitarbeiter und das Gemeinwesen.

Diese Leistungs- und Risikobereitschaft muss sich auch lohnen. Die VLM fordert Freiraum für unternehmerische Initiative. Dieser Freiraum bezieht sich sowohl auf die Beschränkung staatlicher Regel als auch des Anteils, der über Steuern und Abgaben abgeführt wird.

Bereits in der Ausbildung muss Freiraum für initiative und aktive Schüler geschaffen werden. Nicht die Lehrer stehen im Mittelpunkt des Unterrichts, sondern die Schüler. Nicht die Lehrpläne geben den Unterrichtstakt vor, sondern die Gestaltungskraft im Miteinander von Lehrern und Schülern.

#### **2. Der Staat setzt den Rahmen für fairen Wettbewerb**

Marktwirtschaft braucht einen funktionierenden Rechtsstaat. Nur der Rechtsstaat kann fairen Wettbewerb garantieren. Der Mittelstand ist leistungsfähig genug um sich jedem Wettbewerb zu stellen, solange dieser Wettbewerb fair ist. Die VLM fordert deshalb, dass der Staat alles unternimmt um fairen Wettbewerb zu ermöglichen und

alles unterlässt bzw. unterbindet, was Wettbewerb verzerrt. Erst fairer Wettbewerb sorgt für leistungsfähige Unternehmen!

Zur **Förderung eines fairen Wettbewerbes** fordert die VLM

- einen starken Rechtsstaat, der strafrechtliche Eingriffe in den Wettbewerb wie Betrug, Bestechung oder Diebstahl unterbindet,
- einen effektives Kartellrecht, dass Absprachen außerhalb des offenen Marktes verhindert,
- eine Entstaatlichung von wirtschaftlichen Handeln, d.h. kommunale und staatliche Aufgaben sollen weitestgehend durch private Dienstleister erfüllt werden,
- einen „Kunden Staat“, der den Mittelstand berücksichtigt und die Regeln eines fairen Wettbewerbs einhält,
- eine höchstmögliche Internalisierung der Nutzung unserer Umwelt und des Volksvermögens in die Wettbewerbsmechanismen,
- einen Verbraucherschutz, der im Sinne der Fairness und als Voraussetzung für Wettbewerb sowohl Verbraucher wie auch Mitbewerber vor unlauteren Marktteilnehmern schützt, als auch unternehmerisches Handeln fordert und nicht verhindert,
- eine bestmögliche Gleichgewichtsverteilung der Informationsverteilung und Transparenz für alle Marktteilnehmer.

Die VLM lehnt **Eingriffe des Staats** in den freien Wettbewerb ab. Dies gilt für alle Arten der **Subventionierung**, sei es der Subventionierung von Kohlebergbau, Existenzgründern, eines 2. oder gar 3. Arbeitsmarktes. Die VLM fordert die **Privatisierung** aller staatlichen und kommunalen Betriebe, von Hallenbädern bis Banken.

Eine der gestaltete Marktwirtschaft ist eine freie Marktwirtschaft und als solche aus sich selbst heraus **sozial und ökologisch**. Sie braucht all diese Etiketten nicht. Die VLM betont trotzdem durch den Zusatz „frei“ den Freiheitsaspekt bis zur Erreichung des Ziels.

### **3. Für einen starken Mittelstand**

Die VLM macht sich stark für einen starken Mittelstand.

Der Mittelstand leistet einen - gespiegelt an seinem Anteil am erwirtschafteten Bruttosozialprodukt - überproportionalen Beitrag zum Steueraufkommen sowie zur Bereitstellung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen. Der Mittelstand wird aber behindert durch eine Schlechterstellung gegenüber Großunternehmen bei der Besteuerung und hohe Regelungs- und Vorschriftendichte.

Die Sonderbelastungen für den Mittelstand sind zu beseitigen. Die gewerblichen Steuern der Kommunen sind durch ein Hebesatzrecht der Kommunen auf die Einkommens- und Körperschaftssteuer zu ersetzen. Der Staat soll sein Ausgabenproblem nicht durch immer höhere Steuern und Abgaben auf Bürger und Unternehmen abwälzen. Die Zahl der Regelungen und Vorschriften ist deutlich zu vermindern und zu vereinfachen. Die Eigenkapitalbildung ist durch geeignete Rahmenbedingungen, z.B. im Erbschaftssteuerrecht, zu unterstützen.

Ein starker Mittelstand braucht auch starke Partner.

In einer freier Marktwirtschaft sind die **Gewerkschaften** nicht nur ein wichtiger Partner zur Stärkung des Wettbewerbs auf dem Arbeitsmarkt, sondern auch Zeichen von Freiheit und Markt. Je unfreier eine Wirtschaft ist, desto geringer der Nutzen von Gewerkschaften. In der unfreien Planwirtschaft haben Gewerkschaften keine Funktion. Die Mitwirkung der Gewerkschaften setzt allerdings voraus, dass diese nicht zum Selbstzweck werden, sondern sich an der Gestaltung von Wettbewerb aktiv beteiligen.

Die VLM unterstützt auch alle Gestaltungsmaßnahmen, die eine **Beteiligung der Mitarbeiter** am unternehmerischen Wirken ermöglichen. Damit wird der Mittelstand gestärkt. Dies können finanzielle Beteiligungsformen sein wie auch instrumentelle Formen. Arbeitnehmervertretungen als eine Beteiligungsmöglichkeit werden daher von der VLM unterstützt. Die VLM fordert aber, dass Arbeitnehmervertretungen nur dann installiert werden, wenn die Mehrheit der Mitarbeiter dies beschließt.

## Der Weg zum Wohlstand für alle

Die VLM fordert, dass alle Regelungen, die **Arbeitsplätze** verhindern, abgeschafft werden.

- Das Arbeitsrecht muss so flexibel gestaltet werden, dass Unternehmen ihren Personaleinsatz an die jeweilige wirtschaftliche Lage unkompliziert anpassen können.
- Berufsregeln, die neue Marktteilnehmer verhindert, sind zu beseitigen. Dies bedeutet z.B. dass ein Gesellenbrief ausreichend für die volle Marktteilnahme sein muss.
- Die Sonderregelungen für Behinderte müssen bei Neueinstellung außer Kraft gesetzt werden.
- Das Recht auf Teilzeit verhindert die Einstellung besonders von Frauen und ist daher abzuschaffen.
- Das 325 Euro Gesetz muss so ausgestaltet werden, dass es leistungswilligen Beschäftigten eine lohnende Arbeit ermöglicht.
- Das Ladenschlussgesetz muss ersatzlos abgeschafft werden.

Die VLM fordert eine breite Initiative zur **Privatisierung** staatlicher Unternehmen.

- Öffentliche Bäder, Energieversorger, Bauhöfe, Gartenbaubetriebe und andere in öffentlicher Hand befindliche Unternehmen sind zu privatisieren.
- Die Schulen und Hochschulen sind zu privatisieren. Dem Staat obliegt dann allein die Aufsicht und Kontrollfunktion.
- Der bayerische Staatskapitalismus mit seiner hohen Regelungsdichte und seinem Filz, verbunden mit hohen Steuersätzen, behindert unternehmerisches Denken und Risikobereitschaft. Der bayerische Staat muss sich von seinen Unternehmen und Unternehmensbeteiligungen trennen.
- Die Ärzte sind zu staatlichen Ausführungsorganen degradiert worden. Die VLM fordert daher, dass sich Preisregelungen nur noch auf den Bereich der ärztlichen Tätigkeit im Notfall beschränkt. Die Budgets im

Gesundheitswesen sind abzuschaffen. Die gesetzlichen Krankenkassen müssen privatisiert werden. Für die Krankenversicherungen wird im Gegenzug für eine medizinische Grundleistung ein Kontrahierungszwang geschaffen. Öffentliche Krankenhäuser sind zu privatisieren und aus der öffentlichen Obhut zu entlassen. Falls es notwendig ist öffentliche Leistungen zwingend sicherzustellen, kann dies durch Verträge mit privaten Anbietern realisiert werden.

- Die produktbezogenen Subventionen in der Landwirtschaft sind abzuschaffen. Anstelle dieser soll im Sinne von Leistung und Gegenleistung ein Bewirtschaftungsentgelt zur Pflege der Kulturlandschaft und Schutz der Umwelt gezahlt werden.
- Aufgaben in der Rechtspflege und der Polizei sind durch private Elemente zu ergänzen. Dies ist z.B. das Instrument privater Schlichtungsstellen oder private Überwachungsunternehmen.
- Der bayerische Rundfunk muss privatisiert werden. Der Kulturauftrag kann im Zuge der Auftragsvergabe bei einzelnen Projekten realisiert werden. Statt öffentlichen Medienunternehmen ist heute die Förderung der Medienkompetenz erforderlich.

Die VLM will einen effektiveren und effizienteren Einsatz der für **soziale Zwecke** aufgewendeten Mittel. Soziale Dienstleistungen sind deshalb nicht mehr durch die öffentliche Hand zu erbringen, sondern durch ein **Gutscheinsystem**.

- Der öffentliche Wohnungsbau ist einzustellen. In sozialen Fällen wird eine personenbezogene Unterstützung mittels eines monatlichen Gutscheins gewährleistet.
- Der Schul- und Hochschulbesuch wird durch den Bildungsgutschein gewährleistet.
- Die Arbeitsvermittlung wie auch Fortbildung und Beratung in diesem Bereich wird vollständig privatisiert. Jeweils ein Gutschein für Vermittlung, Fortbildung und Beratung kann eingesetzt werden.
- Das staatliche Rentensystem ist auf einen Pflichtteil zur Sicherung des Existenzminimums zu reduzieren.

Die Flut **staatlicher Regelungen** muss deutlich **reduziert** werden.

- Die VLM unterstützt daher den Karlsruher Entwurf für ein modernes Steuerwesen.
- Die mit Basel II erforderlichen Pflichten sind mittelstandsfreundlich auszugestalten.
- Ein Kryptographieverbot verschlechtert die Wettbewerbsposition innovativer Unternehmen und ist daher abzulehnen.
- Umweltschutz ist soweit wie möglich zu internalisieren und in das Marktgeschehen einzubauen. Dies kann z.B. durch Umweltzertifikate, Pfandpflicht, Rücknahmepflichten oder Vertragsnaturschutz gewährleistet werden. Staatliche Vorschriften dürfen nicht die Produktionsweise regeln, sondern müssen sich allenfalls auf die Ergebnisse der Produktion beschränken.

Öffentliche Förderung darf nicht in Wettbewerb zu **privater Initiative** stehen.

- Kulturförderung muss von der Objektförderung zur Projektförderung umgewandelt werden und darf nur dann gefördert werden, wenn ein besonders öffentliche Interesse besteht und eine private Ausgestaltung nicht möglich ist.
- Die Förderung von Volkshochschulen oder Sportvereinen darf nicht in Konkurrenz zu privaten Anbietern treten. Besonders absurd wird diese Förderung, wenn die Geförderten gegenseitig in Wettbewerb treten. Eine Förderung kann daher in der Regel nur im dünn besiedeltem ländlichen Raum erforderlich sein.

## **Mit-Machen statt Er-Leiden**

Machen Sie mit! Stehen Sie nicht abseits, sondern engagieren Sie sich in der VLM. Schauen Sie nicht zu, sondern verändern Sie, was verändert werden muss. Rufen Sie an Tel. (089) 18 26 44.

## **Lesetipps**

<http://www.vlm-bayern.de>  
<http://www.fdp.de>  
<http://www.chancenfueralle.de>

## **Impressum**

Geschäftsstelle:  
Agnesstr. 47, 80798 München  
Geschäftsführerin: Petra Ledig  
E-Mail: [pledig@vlm-bayern.de](mailto:pledig@vlm-bayern.de)  
Tel./Fax: (089) 18 26 44  
Internet: <http://www.vlm-bayern.de>

Verantwortlich: Ulrich Bode, stv. VLM-Vorsitzender

ENDE.